Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 15. März 1930
Sonnabend Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis monatlich 4.35 R.-M. (in Berlin eigene Botenzustellung.) Anzeigenpreis: 0.40 R.-M., Familien-Anzeigen und Stellengesuche 0.25 RM. die 27 mm breite Millimeter-Zeile. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 125
15. 3. 10
10 Pfennig

Unsere Meinung

Wie viele wissen es noch, daß wir schon einmal eine Rote Armee in Deutschland hatten? Vor zehn Jahren, im Anschluß an den Generalstreik, der dem Kapp-Putsch folgte, hielten im Ruhrgebiet die Roten die Zeit für gekommen, um ihre räuberische Herrschaft mit Gewalt aufzurichten. Mord und Plünderung, Raub, Schändung und Diebstahl herrschten damals, getreu den bolschewistischen Theorien, in diesen Provinzen, während die Reichsgewalt zunächst ohnmächtig zusehen mußte. (Eine anschauliche Schilderung des roten Terrors findet sich in dem Volksbuch von Dr. Spothmann: „Die rote Armee an Ruhr und Rhein", Verlag Reimar Hobbing.) Erst im April wurden durch den Einmarsch der Reichswehr die unglücklichen Städte des Ruhrgebiets wieder befreit. Die Wochen, die das Ruhrgebiet damals durchlebte, sind für alle Deutschen eine Warnung. Was damals möglich war, kann sich auch heute wieder ereignen; eine Staatsgewalt, die den Anfängen nicht genügend Widerstand leistet, beschwört die Gefahr herauf, daß wenigstens in einzelnen Städten kommunistische Vorstöße gelingen, mag auch die Zeit für eine bolschewistische „Revolution" im eigentlichen Sinne in Deutschland schon überwunden sein. Es bleibt eine große Leistung des deutschen Volkes, daß es trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, in die es durch das Diktat von Versailles gestürzt wurde, die Kraft besessen hat, dem Bolschewismus Widerstand zu leisten. Die alliierten Mächte haben ja 1919 und bis auf den heutigen Tag in selbstmörderischer Verblendung alles getan, um einer kommunistischen Revolution in Deutschland den Weg zu ebnen. Im Interesse der historischen Wahrheit muß festgehalten werden, daß nicht Polen durch seinen sogenannten Krieg mit Sowjetrußland, wie die französische Legende behauptet, die europäische Zivilisation gerettet hat, sondern das waffenlose, zerfleischte, ausgeplünderte Deutschland allein durch seinen Sinn für Ordnung und Eigentum. In England und Amerika gibt es heute immerhin schon einige Stimmen, die das zugeben. Die bürgerlichen Regierungen des Westens scheinen aber trotzdem noch nicht begriffen zu haben, daß der russische Bolschewismus seine Hoffnung auf die „Weltrevolution" endgültig erst dann aufgeben wird, wenn in Mitteleuropa statt der Diktate von 1919 wieder der gesunde Menschenverstand herrscht.

★

Das Reichsentschädigungsamt für Kriegsschäden soll nach einem vom Reichsfinanzminister dem Reichstag zugeleiteten Gesetzentwurf der Auflösung verfallen. Damit wird eine Behörde ihr Ende erreichen, die für viele Hunderttausende von Kriegsbeschädigten ein Mittelpunkt des Lebensinteresses geworden war, eine Amtsstelle, die viel angefeindet und viel geschmäht wurde, weil sie nicht immer in der Lage war, dem Drängen der entwurzelten und ruinierten Kriegsbeschädigten in der gewünschten Schnelligkeit und dem erstrebten Umfange nachzukommen. Die Kriegsschädengesetzgebung geht schon in das Jahr 1916 zurück. Damals wurde die Regelung der durch die Russeneinfälle herbeigeführten Schäden in die Wege geleitet. Diese Vorschrift war ein gesetzgeberischer Wendepunkt: denn bisher war die Entschädigung für Kriegsschäden noch niemals auf eine gesetzliche Grundlage gestellt worden. Kriegsschäden galten als Unglücksfälle, die der Staatsbürger zu tragen hat, und die ihm jedenfalls einen Rechtsanspruch gegen den Staat nicht gewährten. 1921 wurde dann das Reichsentschädigungsamt ins Leben gerufen, das in seiner Entwicklung Maienblüte außer der Hauptstelle in Berlin noch 25 Außenstellen mit mehr als 2400 Beamten hatte. Ursprünglich war dem Reichsentschädigungsamt die Durchführung der drei Gewaltschädengesetze (Auslands-, Kolonial-, Verdrängungsschädengesetz), ferner die Gewährung von Vorentschädigungen für Liquidationsschäden, die Entschädigung der elsaß-lothringischen Kriegsschäden und die Abgeltung der Liquidationsschäden in den ehemals besetzten feindlichen Gebieten übertragen worden. Zu diesen Arbeiten traten im Laufe der Jahre neue umfangreiche Aufgaben, die seitdem die Hauptätigkeit des Reichsentschädigungsamts bildeten, nämlich die Endentschädigung für die Liquidationsschäden, die Nachentschädigungen und Wiederaufbaudarlehen und schließlich die Durchführung des Kriegsschädenschlußgesetzes vom 30. März 1928, das den Schlußstein zu dem Werke der Entschädigungsgesetzgebung bildet. Das Reichsentschädigungsamt hat eine gewaltige Arbeit bewältigt. Es hat in vier verschiedenen Hauptverfahren fast 400 000 Liquidations- und Gewaltschäden mit einem Gesamtfriedenswert von etwa 11 Milliarden Mark durch Vergleich oder im ordentlichen Entschädigungsverfahren abgegolten und hierbei annähernd 2,5 Milliarden Mark an Entschädigungen festgesetzt. Das Amt hat ferner den Härtefond mit 37 Millionen Mark verwaltet, der von mehr als 100 000 Geschädigten in Anspruch genommen wurde. Die nun noch zu erledigenden Arbeiten werden von der Restverwaltung für Reichsaufgaben betreut werden. (Eine neue spezielle Entschädigungsstelle wird nach der Ratifikation der deutsch-polnischen Uebereinkunft vom 31. Oktober 1929 geschaffen werden.) Ein Stück Kriegsgeschichte sinkt mit dem Reichsentschädigungsamt ins Grab.

Dr. Curtius in Locarno

Locarno, 14. 3.

Reichsaußenminister Dr. Curtius ist mit Gemahlin und Sohn zu vierzehntägigem Kuraufenthalt hier eingetroffen.

sx. London, 14. 3. (Eigenbericht)

In dem Befinden des fast 82jährigen Lord Balfour ist eine Verschlimmerung eingetreten.

Der Feiertag in der Nordmark

Zehn Jahre nach der Abstimmung

Von unserem Sonderberichterstatter

tb. Flensburg, 14. 3.

Strahlender Sonnenschein lag am 14. März, dem Feiertag der siegreichen Abstimmung in der zweiten Zone, über ganz Schleswig. Hell leuchteten unzählige Flaggen von den alten Giebelhäusern Flensburgs. Es wurde ein Festtag, wie ihn die Schleswiger seit dem Jubeltage vor zehn Jahren nicht mehr erlebt haben. Den Höhepunkt der Feier bildeten die Versammlungen in den vier größten Sälen Flensburgs, auf denen Ministerialrat Tiedje, der Vorsitzende des Schleswig-Holsteiner-Bundes, W. Iversen-Munkbraup, Oberbürgermeister Dr. Todesen und Rechtsanwalt Dr. Christians sprachen. Jedesmal erklang jubelnd das Lied: „Schleswig-Holstein meerumschlungen" und das Deutschlandlied. Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, Kürbis, verlas ein Telegramm des preußischen Ministerpräsidenten, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß die Abstimmung in der zweiten schleswigschen Zone das leuchtende Beispiel für die übrigen Abstimmungsgebiete in Ostpreußen und Oberschlesien gewesen sei.

Besonders bemerkenswert waren die Ausführungen Ministerialrats Tiedjes, obwohl sich der Redner sehr zurückhaltend äußerte. Einleitend gedachte er der Verdienste des verstorbenen Gesandten in Belgrad, Dr. Köster, der vor 10 Jahren als deutscher Abstimmungskommissar Hervorragendes geleistet habe. Der Redner verwies dann darauf, daß bereits 1864 während der Erstürmung der Düppeler Schanzen und des Uebergangs auf die Insel Alsen der damalige preußische Außenminister Graf Bernstorff Dänemark eine Grenzziehung vorgeschlagen habe, die in gleicher Richtung wie die von Deutschland 1919 in Versailles vorgeschlagene Tiedje-Linie verlief. Dänemark hätte die Grenzziehung leider damals abgelehnt Deutschland hätte heute im Augenblick kein Interesse, die Frage der Grenzrevision im Norden anzuschneiden. Das geschehe indessen immer wieder von dänischer Seite. Eine Trennung von Nord- und Südgermanen, wie das ebenfalls von dänischer Seite geschehe, müsse man ablehnen. Deutschland halte vielmehr für den germanischen Norden den slawischen Anturm ab. Unter großer Zustimmung erklärte der Redner: „Wer sich zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bekennt, bekennt sich auch dazu, daß Grenzen nichts Ewiges sind."

Nach Schluß der Versammlungen vereinten sich die Teilnehmer noch einmal zu einer Kundgebung auf dem Südermarkt, wo einer der Führer der Flensburger Wirtschaft für Flensburg und Schleswig ein Treubekenntnis zum Deutschtum ablegte.

Das polnische Kabinett Bartel gestürzt

Mißtrauensvotum von 190 gegen 120 Stimmen — Neue Betrauung Bartels erwartet

ki. Warschau, 14. 3. (Eigenbericht)

In der Freitagsitzung des Sejm wurde über die Mißtrauensanträge gegen den Wohlfahrtsminister, Oberst Prystor, und den Kultusminister Czerwinski abgestimmt. Noch vor der Debatte gab Ministerpräsident Bartel eine Solidaritätserklärung ab, so daß sich die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett in seiner Gesamtheit richteten. Gegen die Regierung wurden 190 und für sie 120 Stimmen abgegeben. Damit ist das fünfte Kabinett Bartel mit großer Mehrheit gestürzt. Bartel begab sich gleich zum Staatspräsidenten, dem er den Rücktritt seines Kabinetts unterbreitete.

Allgemein herrscht die Ueberzeugung vor, daß Bartel erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt wird, obwohl sich nach seiner letzten Senatsrede die Stimmung in der Linksopposition gegen ihn beträchtlich zugespitzt hat. Ob die Krise nur von kurzer Dauer sein wird oder ob man die Sejmtagung schließt und sich vorerst mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte begnügt, läßt sich im Augenblick nicht absehen.

Auf die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Handelsvertrages wird die offene Regierungskrise schon deshalb kaum Einfluß haben, als ein Personenwechsel in den zuständigen Ressorts kaum zu erwarten ist. Der Vertragstext liegt nunmehr völlig abgeschlossen vor, und man dürfte eher die Parapherierung des Liquidationsabkommens durch den Reichspräsidenten abwarten wollen. Da überdies die polnische Abordnung für den Handelsvertrag offenbar Abschlußvollmachten besitzt, spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Unterzeichnung des Vertrages im Laufe des Sonntag, wenn nicht schon früher erfolgen kann.

Italien soll seine Tonnageziffern veröffentlichen

Angelsächsischer Druck auf Grandi — Amerikanischer Vorschlag an Japan

sx. London, 14. 3. (Eigenbericht)

Die Flottenkonferenz steht heute im Zeichen eines konzentrischen Drucks auf Italien. Zwar haben MacDonald und Stimson es abgelehnt, bei Italien im Sinne eines Aufgebens der Paritätsforderung mit Frankreich zu intervenieren, aber sie haben beide Grandi erklärt, daß Italien in diesem Stadium der Konferenz mit Ziffern herauskommen müsse. Eine Fortsetzung der Konferenz aller fünf Mächte sei ohne Kenntnis der italienischen Bedürfnisse und des italienischen Bauprogramms für die nächsten paar Jahre nicht möglich.

Grandi hat sich unter Berufung auf seinen Auftraggeber zunächst geweigert, auf diese Forderung einzugehen, hat sich aber bereit erklärt, die direkten Besprechungen mit Frankreich fortzusetzen. Er begab sich heute abend um 6 Uhr zu diesem Zweck in das Hotel Briands.

Wenn in einem Teil der englischen Presse behauptet wird, daß der Entwurf eines französisch-italienischen Vertrages schon fertig sei, so entspricht das nicht den Tatsachen. Der Vertragsentwurf, um den es sich hierbei handelt, ist nichts anderes als der vor einiger Zeit in Genf aufgestellte Modellvertrag für Schiedsgerichtsbarkeit. Einen solchen Vertrag ist Grandi bereit, sofort zu unterfreichen, ohne deswegen aber die Paritätsforderung aufzugeben.

Die amerikanisch-japanischen Verhandlungen haben inzwischen zur Fixierung eines schriftlichen amerikanischen Vorschlages geführt, den Senator Reed schon gestern der japanischen Abordnung übergeben hat. Er wurde sofort nach Tokio telegraphiert. Der Vorschlag hat bei der japanischen Abordnung eine günstige Aufnahme gefunden, so daß von den Japanern heute abend erklärt wird, daß sie zum Abschluß eines Drei-Mächte-Paktes ohne Rücksicht auf das Konferenzschicksal bereit seien.

Ein neuer technischer Unterausschuß wurde heute eingesetzt, der nach dem Muster des Washingtoner Abkommens eine Abwrackliste für die nicht von diesem Abkommen erfaßten Schiffsklassen aufstellen soll. Auch Frankreich und Italien sind in diesem Ausschuß, ebenso wie die anderen Mächte, durch Seeoffiziere vertreten.

Grandi blieb nur eine halbe Stunde bei Briand. Die Unterhaltung verlief ergebnislos und brachte keinen Fortschritt.

★

sx. London, 14. 3. (Eigenbericht)

Der Bergarbeiterführer Cook droht in einer öffentlichen Erklärung der Regierung mit einem neuen Kohlenstreik für den Fall, daß die Regierung das Kohlengesetz zurücksieht, ohne gleichzeitig das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Bei der gegenwärtigen Lage des Bergbaus bleibt dies eine leere Drohung, die auf die Entscheidungen der Regierung wenig Einfluß haben wird. Die Lebensdauer der Regierung ist nach den Ereignissen der letzten beiden Wochen auf etwa zwei Monate gesichert.

Die Konferenz zur Kodifizierung des internationalen Rechts

Haag, 14. 3.

In der heute vormittag eröffneten dritten Vollsitzung der Konferenz zur Kodifizierung des internationalen Rechts leitete der Vorsitzende mit, daß die 1. Kommission, die die Frage der Staatsangehörigkeit der verheirateten Frau behandeln wird, den Delegierten Prof. Politis, Griechenland, die 2. Kommission, die sich mit der Frage der territorialen Gewässer beschäftigen wird, den Delegierten, Gesandten z. D. Goepert, Deutschland, die 3. Kommission, die bisher über die Verantwortung der Staaten gegenüber ausländischen Privatpersonen beraten wird, den Delegierten Professor Basdevant, Frankreich, zu Vorsitzenden gewählt hat.

Der Vorsitzende beantragte hierauf, die folgenden Delegierten zu Vizepräsidenten der Vollkonferenz zu ernennen: den Delegierten der Vereinigten Staaten, Miller, als Vertreter der anglo-amerikanischen Länder, den Delegierten Mexikos, Suarez, als Vertreter der latein-amerikanischen und den Vertreter Japans, Nagaoka, als Vertreter der asiatischen Länder. Der Vorschlag wurde angenommen.

Neue interfraktionelle Finanzbesprechungen

Am Freitag fand im Zuge der Bemühungen, die Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition auf bestimmte Vorschläge zum Deckungsprogramm der Regierung zu einigen, eine neue interfraktionelle Besprechung der Finanzfachverständigen statt. Die Verhandlungen gehen nur langsam vorwärts. Bisher ist man über die Hauptstreitpunkte — Arbeitslosenversicherung und Steuersenkungsprogramm — nicht hinausgelangt.

Ferner hielt Reichsernährungsminister Dietrich eine neue Besprechung mit den Vertretern der Regierungsparteien über seine agrarpolitischen Pläne ab. Obwohl weitgehendes grundsätzliches Einvernehmen herrscht, sollen anscheinend einige Teile des neuen Agrarzollprogramms im Ministerium nochmals überprüft und ergänzt werden.

★

Der Reichsausschuß des Zentrums wird voraussichtlich für den 5. und 6. April nach Berlin einberufen werden.

Die Bayerische Volkspartei fordert rasche Lösung der Finanzfragen

dg. München, 14. 3. (Eigenbericht)

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt bezüglich der Entwicklung im Reiche: „Sollte die Bayerische Volkspartei die Erfahrung machen, daß der Deutsche Reichstag sich nicht in der Lage sieht, innerhalb der notwendigen und auch durch das Wort des Reichspräsidenten jetzt umschriebenen Frist von ganz wenigen Wochen die gestellte Aufgabe zu lösen, dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, in welchem die Bayerische Volkspartei die letzte Konsequenz ziehen und sich offen von der Verantwortung in einem Kabinett trennen müßte, das nach ihrer Ueberzeugung in einer Lebensfrage des deutschen Volkes seine Aufgabe nicht erfüllt hat."

Beilegung des Konflikts im thüringischen Kabinett

pp. Weimar, 14. 3. (Eigenbericht)

Heute wurde nach langwierigen Verhandlungen des thüringischen Kabinetts auf der Grundlage eines Vergleichsvorschlags des Finanzministers Baum (Landvolkpartei) der Konflikt zwischen den Nationalsozialisten und der Deutschen Volkspartei wegen der Erklärung des thüringischen Innenministers Dr. Frick im Reichstag beigelegt. Der Vergleichsvorschlag hat folgenden Wortlaut: „Bei der dritten Lesung des Young-Plans hat der thüringische Reichsratbevollmächtigte und Innenminister Dr. Frick eine Erklärung gegen den Young-Plan und gegen die Reichsregierung abgegeben. Dr. Frick war zur Abgabe einer Erklärung nicht beauftragt. Inhaltlich deckt sich aber die abgegebene Erklärung mit den Ansichten der Mehrheit der thüringischen Regierung."

Schober über den Handelsvertrag mit Deutschland

kbg. Wien, 14. 3. (Eigenbericht)

Bundeskanzler Schober hat heute anläßlich des vorläufigen Abschlusses der Wirtschaftskonferenz mitgeteilt, daß der Handelsvertrag Oesterreichs mit Deutschland voraussichtlich noch im März abgeschlossen werden würde.

Die Wirtschaftskonferenz hat eine Reihe von Vorschlägen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise erstattet, auf die wir noch zurückkommen werden. Unter den von der Regierung besonders zu fördernden Plänen und Arbeiten befinden sich u. a. das Tauernkraftwerk, Straßenbaupläne usw.

Von der Wirtschaftskonferenz wird insbesondere auch eine Aenderung der Arbeitslosenversicherung vorgeschlagen. Ferner werden Steuersenkungen verlangt, die jedoch erst in späterer Zeit nach Abschluß von Auslandsanleihen zu erwarten sind. Die Handelskammern haben vor allem eine Revision der Personalsteuersätze und der Körperschaftssteuer verlangt.

★

Die durch die gegensätzliche Auffassung der Mehrheitsparteien und der Sozialdemokraten über das Antiterrorgesetz (Gesetz zum Schutze der Arbeit und Versammlungsfreiheit) entstandene innerpolitische Spannung hat heute dadurch eine Verschärfung erfahren, daß die nationalen und die christlichen Gewerkschaften beschlossen haben, an den weiteren Beratungen der Arbeiterkammer über dieses Gesetz mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht mehr teilzunehmen.

Filmpremiere von gestern

„Die letzte Kompagnie"

Ufa-Tonfilm im Ufa-Pavillon

Die Ufa kann einen außerordentlichen Erfolg buchen. Mit völlig neuen Mitteln ist ein Tonfilm gelungen, der auf lange Zeit hin Richtung und Maßstab sein wird. Die Regie hatte Kurt Bernhardt. Die Darsteller sind Conrad Veidt, Karin Evans und ein Männerkollegium von Soldaten. Inhalt: Episode aus dem Jahre 1806. Dreizehn Mann decken in einer Mühle den Rückzug der Preußen über die Saale. Das Ganze wohl darum so unerhört packend, wahrhaft und dramatisch, weil mit dem Wissen um den Weltkrieg hier ein unpathetisches Bekenntnis zur eigenen (preußischen) Tradition und Leistung abgelegt ist. 1806 ist fast gleichgültig, nur die Männer sind wichtig, und die Idee ist noch immer da. — Ein ausgezeichneter Film. Der Beifall war überaus groß. —ma.